

II.	Der rechtliche Status der UN-Verwaltungsmissionen .....	178
1.	Der rechtliche Status der UN-Verwaltungsmissionen im Gefüge der Vereinten Nationen.....	178
2.	Der rechtliche Status der UN-Verwaltungsmissionen gegenüber Staaten und dritten internationalen Organisationen.....	185
III.	Die Einbeziehung von UN-Unterorganisationen und dritter internationaler Organisationen in eine UN-Zwangsverwaltung .....	187
IV.	Alternative Formen der Wahrnehmung der Verwaltungsbefugnisse des Sicherheitsrates .....	190
1.	Die Beauftragung des UN-Generalsekretärs mit der Verwaltung eines Krisengebietes.....	191
2.	Die Ermächtigung regionaler Organisationen.....	194
3.	Autorisierung einzelner Staaten und Koalitionen von Staaten.....	201
4.	Die Rechtsgrundlage der Verwaltung des Irak durch die CPA – Beispiel einer Delegation der Verwaltungsbefugnis an einzelne Mitgliedstaaten? .....	205
E.	Krisengebietsverwaltung durch die Generalversammlung .....	210
I.	Rechtsgrundlage für eine Verwaltungskompetenz der Generalversammlung .....	210
1.	Zuständigkeit der Generalversammlung in Abgrenzung zum Sicherheitsrat .....	211
2.	Befugnis zur Gebietsverwaltung.....	214
3.	Die Bedeutung staatlicher Zustimmung für die Verwaltungskompetenz der Generalversammlung .....	218
II.	Durchführung einer Gebietsverwaltung der Generalversammlung (Art. 22 SVN).....	220
III.	Fallbeispiel: West-Neuguinea .....	221
IV.	Ausblick .....	224
F.	Krisengebietsverwaltung unter dem Regime des Treuhandrates (Kapitel XII und XIII der Charta).....	225
I.	Die Rolle des Sicherheitsrates.....	226
II.	Die formalen Voraussetzungen einer Treuhand- verwaltung.....	227
III.	Ergebnis.....	230
 <b>4. Kapitel: Die Grenzen der Verwaltungskompetenz unter Kapitel VII der Charta.....</b>		 <b>231</b>

	3. Die Ombudsperson-Institution im Kosovo .....	394
V.	Der Aufbau eines neuen Staatswesens und das Selbstbestimmungsrecht.....	396
	1. Status des Selbstbestimmungsrechts im Völkerrecht .....	398
	2. Anwendungsbereich des Selbstbestimmungsrechts .....	401
	3. Externes Selbstbestimmungsrecht: Die Entscheidung über den territorialen Status.....	403
	4. Internes Selbstbestimmungsrecht: Die Entscheidung über die Regierungs- und Wirtschaftsform.....	405
	5. Internes Selbstbestimmungsrecht: Die Beteiligung der Bevölkerung an der Gebietsverwaltung .....	407
VI.	Das Recht der Staaten auf Achtung ihrer territorialen Integrität .....	411
VII.	Weitere Aspekte einer Zwangsverwaltung des Sicherheitsrates .....	416
	1. Die Vertretung des Gebiets nach außen .....	416
	2. Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme .....	417
	3. Vergangenheitsbewältigung und <i>transitional justice</i> .....	418
VIII.	Auswertung.....	424
	1. Kurzfristiger Rechtsrahmen.....	424
	2. Langfristige Gestaltungsfragen .....	426
	<b>5. Kapitel: Die rechtlichen Grenzen konsensgestützter UN-Gebietsverwaltungen .....</b>	<b>429</b>
A.	Umfang der staatlichen Zustimmung .....	429
B.	Sonstige Grenzen konsensgestützter Gebietsverwaltungen des Sicherheitsrates .....	430
C.	Sonstige Grenzen konsensgestützter Gebietsverwaltungen der Generalversammlung .....	432
	<b>6. Kapitel: Zusammenfassung und Ausblick.....</b>	<b>435</b>
A.	Ergebnis der Untersuchung.....	435
B.	Ausblick .....	438

b. Kein Verstoß gegen zwingendes Recht .....	323
c. Geeignetheit der Handlung zur Friedenssicherung ...	323
d. Verhältnismäßigkeit der Maßnahme.....	324
e. Einschätzungsprärogative des Sicherheitsrates.....	327
f. Zusammenfassung.....	328
4. Tendenz: Vom Vorrang der Friedenssicherung zur vollen Rechtsbindung .....	328
5. Zusammenfassung: Die progressive Rechtsbindung des Sicherheitsrates .....	330
E. Die Grenzen der Verwaltungsmacht in der Praxis .....	331
I. UN-Zwangsverwaltung und das Recht der kriegerischen Besetzung.....	332
1. Grundzüge des Rechts der kriegerischen Besetzung .....	333
2. Anwendbarkeit <i>ratione materiae</i> .....	336
3. Anwendbarkeit <i>ratione personae</i> .....	340
4. Ergebnis .....	345
II. Völkerrechtliche Anforderungen an den Wiederaufbau des Justizwesens.....	346
1. Praktische Schwierigkeiten und Anforderungen der Friedenssicherung .....	348
2. Anforderungen an das Recht .....	351
3. Anforderungen an das Gericht .....	356
a. Institutionelle Garantie einer Straf- und Zivil- gerichtsbarkeit.....	356
b. Unparteilichkeit des Gerichts .....	359
c. Verfahrensdauer .....	362
III. Das Recht auf Freiheit der Person und Haftan- ordnungen durch die UN-Verwaltung .....	369
1. Die Praxis von KFOR und UNMIK .....	370
2. Die völkerrechtlichen Vorgaben .....	373
3. Die Vereinbarkeit von UN-Exekutivhaft mit dem Verbot willkürlicher Freiheitsentziehung (Art. 9 Abs. 1 IPbürgR) .....	378
4. Die Vereinbarkeit von UN-Exekutivhaft mit dem Recht auf unverzügliche Haftprüfung (Art. 9 Abs. 3 und 4 IPbürgR) .....	380
5. Ergebnis .....	385
IV. Rechtsschutz gegen Hoheitsakte der UN- Verwaltung selbst.....	387
1. Rechtliche Argumente für eine Überprüfbarkeit von UN-Hoheitsakten.....	390
2. Rechtsschutzgewährung und Friedenssicherung .....	393

A.	Organisationsinterne Grenzen der Verwaltungskompetenz des Sicherheitsrates .....	234
I.	Funktionale Grenze aus Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen.....	235
II.	Die Bindung des Sicherheitsrates an die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen (Art. 24 Abs. 2 Satz 1 SVN).....	237
1.	Die relevanten Ziele und Grundsätze.....	239
a.	Friedenssicherung .....	239
b.	Selbstbestimmungsrecht der Völker und Menschenrechte .....	240
c.	Souveränität der Mitgliedstaaten .....	242
2.	Einschränkung der Bindung durch eine Hierarchie der Ziele? .....	245
a.	Die Grundentscheidung der Charta für den Vorrang der Friedenssicherung.....	245
b.	Einschränkungen des Vorrangs in der Praxis.....	250
3.	Zwischenergebnis .....	252
III.	Interne Bindung an allgemeines Völkerrecht durch Art. 1 Ziff. 1 SVN? .....	253
IV.	Interne Bindung an das Treuhandprinzip der Kapitel XI bis XIII der Charta.....	255
V.	Bindung durch Handeln der Vereinten Nationen .....	259
1.	Konkretisierung der in Art. 1 Ziff. 2 und 3 SVN niedergelegten Ziele .....	260
2.	Selbstbindung durch eigene Handlungen des Sicherheitsrates.....	264
VI.	Zwischenergebnis: Die internen Bindungen des Sicherheitsrates .....	268
B.	Externe Grenzen der Verwaltungsmacht des Sicherheitsrates.....	269
I.	Prinzipieller Vorrang der Charta vor allgemeinem Völkerrecht .....	272
1.	UN-Charta als Weltverfassung mit Geltungsvorrang.....	272
2.	Vorrang der Charta nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen .....	276
II.	Dogmatische Bedenken gegen eine Bindung des Sicherheitsrates an Völkergewohnheitsrecht.....	278
1.	Die Adressatenbezogenheit des Völkergewohnheitsrechts und die daraus folgende Notwendigkeit einer Einwilligung der Vereinten Nationen .....	279
2.	Stellungnahme .....	281

III.	Fallbeispiele: Triest und Kambodscha .....	122
IV.	Bewertung und Ausblick .....	124
C.	Krisengebietsverwaltung als friedenssichernde Zwangsmaßnahme (Kapitel VII der Charta).....	125
I.	Errichtung einer UN-Verwaltung als Zwangsmaßnahme .....	126
1.	Ungeschriebene Rechtsgrundlagen.....	127
2.	Art. 41 und 42 SVN .....	129
a.	Die Auslegung der Art. 41 und 42 SVN – Zulässigkeit auch atypischer Maßnahmen? .....	129
b.	Verortung und Umfang der Verwaltungskompetenz .....	133
II.	Tatbestandliche Voraussetzungen einer UN-Zwangsverwaltung (Artikel 39 SVN) .....	135
1.	Gesichtspunkte bei der Auslegung des Art. 39 SVN .....	136
2.	Interne Konflikte als Friedensbedrohung.....	139
a.	Die Praxis des Sicherheitsrates.....	139
b.	Dogmatische Begründungsversuche.....	142
3.	Verletzung grundlegender Normen des Völkerrechts als Friedensbedrohung.....	145
a.	Menschenrechtsverletzungen und humanitäre Katastrophen .....	146
b.	Beseitigung einer demokratisch gewählten Regierung.....	149
c.	Missachtung des Selbstbestimmungsrechts.....	150
III.	Die Bedeutung staatlicher Zustimmung zu einer Zwangsverwaltung .....	152
IV.	Fallbeispiele.....	158
1.	UNTAES .....	158
2.	UNMIK.....	160
3.	UNTAET .....	163
D.	Die tatsächliche Ausübung der Verwaltungskompetenz des Sicherheitsrates .....	166
I.	Die Delegation der Verwaltungskompetenz des Sicherheitsrates .....	168
1.	Umfang der Delegation .....	169
2.	Die Zulässigkeit von Delegationen bei konsensgestützten UN-Verwaltungen.....	170
3.	Die Zulässigkeit einer Delegation von Befugnissen im Rahmen einer Zwangsverwaltung .....	172
4.	Grenzen der Delegation von Kapitel VII-Befugnissen.....	173

J. Bosnien-Herzegowina .....	49
I. Historischer Hintergrund.....	50
II. Das Mandat der internationalen Gemeinschaft.....	51
III. Bewertung .....	53
K. Die UN-Übergangsverwaltung in Ostslawonien (1996-1998).....	53
I. Historischer Hintergrund.....	54
II. Das Mandat der UNTAES .....	55
III. Bewertung .....	57
L. Die UN-Übergangsverwaltung im Kosovo (seit 1999).....	59
I. Historischer Hintergrund.....	59
II. Das Mandat der UNMIK .....	63
III. Bewertung .....	70
M. Die UN-Übergangsverwaltung in Osttimor (1999-2002) .....	71
I. Historischer Hintergrund.....	72
II. Das Mandat der UNTAET .....	75
III. Bewertung .....	79
N. Die UN-Unterstützungsmission in Afghanistan (seit 2002) .....	82
O. Multidimensionale Unterstützungsoperation der UN seit 1999.....	87
P. Die Verwaltung des Irak durch ein Staatenbündnis (2003-2004) ....	89

### **3. Kapitel: Die Rechtsgrundlagen für**

<b>UN-Gebietsverwaltungen .....</b>	<b>97</b>
A. Vorbereitende Überlegungen zur Rechtsgrundlage .....	98
I. Erforderlichkeit einer Rechtsgrundlage.....	98
II. Einwilligung durch den Territorialstaat.....	100
1. Art. 2 Ziff. 7 SVN als dispositives Recht.....	100
2. Völkerrechtliche Vorgaben.....	102
III. Die Unterscheidung zwischen Verwaltung und Souveränität .....	103
B. Krisengebietsverwaltung auf Grundlage der Peacekeeping- Befugnis des Sicherheitsrates (Art. 24 Abs. 1 SVN).....	105
I. Die Grundlage in der Charta.....	106
II. Art. 24 Abs. 1 SVN als Rechtsgrundlage einer UN-Gebietsverwaltung .....	111
1. Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen.....	111
2. Geeignetheit .....	113
a. Rechtmäßige Vertretung des Gebietes.....	115
b. Dauer und Rücknahme der Einwilligung .....	116
c. Durchsetzung von Verwaltungsentscheidungen .....	119
3. Erforderlichkeit.....	120

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Kapitel: Einleitung</b> .....	1
A. Gegenstand der Arbeit.....	2
B. Gang der Untersuchung .....	4
<b>2. Kapitel: Historische Einführung</b> .....	7
A. Gebietsverwaltungen durch den Völkerbund.....	8
I. Saarland (1920-1935) .....	9
II. Leticia (1933-1934).....	11
B. Das Freie Territorium Triest (1947) .....	13
I. Historischer Hintergrund.....	13
II. Das Mandat des Sicherheitsrates .....	15
III. Bewertung .....	17
C. Die Internationale Stadt Jerusalem (1947).....	19
I. Historischer Hintergrund.....	19
II. Das Mandat des Treuhandrates .....	21
III. Bewertung .....	22
D. Die internationale Verwaltung Libyens (1949-51) .....	24
I. Historischer Hintergrund.....	24
II. Das Mandat der Generalversammlung .....	26
III. Bewertung .....	27
E. Die Opération des Nations Unies au Congo (1960-1964).....	28
F. Die United Nations Temporary Executive Authority in West- Neuguinea (1962-1963).....	31
I. Historischer Hintergrund.....	32
II. Das Mandat der UNTEA .....	34
III. Bewertung .....	35
G. Die United Nations Transition Group in Namibia (1989-1990).....	36
I. Historischer Hintergrund.....	37
II. Das Mandat der UNTAG .....	38
III. Bewertung .....	39
H. Die United Nations Transitional Authority in Kambodscha (1992-1993) .....	40
I. Historischer Hintergrund.....	40
II. Das Mandat der UNTAC .....	42
III. Bewertung .....	44
I. Die United Nations Operation in Somalia (1993-1995) .....	46

Inhaltsverzeichnis	XVII
<b>Summary: From Trieste to East Timor</b> .....	443
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	451
<b>Verwendete internationale Judikatur</b> .....	515
<b>Sachregister</b> .....	523

Max-Planck-Institut für  
ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

---

Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht 196

Hans Fabian Kiderlen

# Von Triest nach Osttimor

Der völkerrechtliche Rahmen  
für die Verwaltung von Krisengebieten  
durch die Vereinten Nationen

III.	Eingeschränkte Rechtsbindung durch Art. 1 Ziff. 1 SVN? .....	285
	1. Art. 1 Ziff. 1 SVN als Verzicht der Mitgliedstaaten auf Rechtspositionen aus allgemeinem Völkerrecht .....	285
	2. Beschränkung der Freistellung nach Art. 1 Ziff. 1 SVN auf staatsbezogene Rechtspositionen? .....	287
	3. Beschränkung der Freistellung auf abdingbare Normen des allgemeinen Völkerrechts? .....	290
	a. Das Konzept zwingender Grundwerte ( <i>ius cogens</i> ) .....	291
	b. Bedenken gegen eine starre Bindung des Sicherheitsrates an <i>ius cogens</i> .....	294
	c. Bindung an zwingende Staatenrechte .....	297
	d. Bindung an den zwingenden Kerngehalt des Selbstbestimmungsrechts .....	298
	e. Bindung an individualschützende zwingende Menschenrechte .....	299
IV.	Zwischenergebnis: Die externe Bindung des Sicherheitsrates .....	301
C.	Mittelbare Bindung des Sicherheitsrates .....	302
I.	Beschränkungen des Sicherheitsrates nach dem nemo transferre-Grundsatz .....	303
II.	Mittelbare Bindungen bei der Annahme originärer Sicherheitsratsbefugnisse .....	306
III.	Einschränkungen einer so begründeten Bindung an <i>ius cogens</i> .....	308
IV.	Zwischenergebnis: Mittelbare Bindung an zwingende Verpflichtungen der Mitgliedstaaten .....	309
D.	Auswertung: Relative und absolute Grenzen der Verwaltungskompetenz des Sicherheitsrates unter Kapitel VII der Charta .....	309
I.	Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse .....	310
II.	Das Verhältnis der Grenzen zueinander .....	311
III.	Anwendung auf die Befugnis des Sicherheitsrates zur zwangsweisen Verwaltung eines Krisengebietes .....	312
	1. Die Besonderheiten internationaler Verwaltung .....	312
	2. Auswirkungen auf die Befugnisse des Sicherheitsrates unter Kapitel VII SVN .....	316
	3. Kriterien für die Annahme eines Vorrangs der Friedenssicherung .....	318
	a. Beeinträchtigung eines der von Art. 1 Ziff. 2 und 3 SVN geschützten Rechtsgüter .....	318